Auszug aus FŒHN bei Context XXI

(http://contextxxi.org/lassen-sich-das-die-tiroler.html)

erstellt am: 8. November 2026
Datum dieses Beitrags: Januar 1988

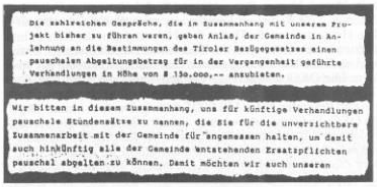
# Lassen sich das die Tiroler gefallen?

n MARKUS WILHELM

Überall, wo die TIWAG bauen will, stellt sich ihr die überfallene Bevölkerung zum Widerstand entgegen, vom obersten Oberen Gericht bis zum untersten Unterland, vom Paznauntal bis zum Villgratental. Da nützen auch Korrumpierungsversuche wie Ausflugsfahrten für ganze Gemeindebevölkerungen nix. Die Osttiroler Kraftwerksgesellschaft (OKG), die zu 51 Prozent der Verbundgesellschaft und zu 49 Prozent der TIWAG gehört, hatte für den Tag *vor* der Volksabstimmung in Kals (20. September 1987), in der die Bevölkerung den Betreibern des Dorfertalkraftwerks dann eine eindeutige Absage erteilte, alle Gemeindebürger von Kals, Matrei, Virgen, Prägraten und St. Jakob zu einer Fahrt ins Zillertal — *„für Reise und Verpflegung sorgt die 0 K G“* — eingeladen. Heute müssen die Tiroler ihre Heimat gegen die Räuber im eigenen Land verteidigen. An ihrer festen Entschlossenheit dazu wird auch die Bestechung ganzer Gemeindeparlamente nix ändern. Die OKG schmiert die Gemeinderäte der vom Bau des Dorfertalkraftwerkes betroffenen Gemeinden Kals, Matrei, Virgen und Prägraten mit je 150.000 Schilling. Darüber hinaus bittet die OKG die Gemeindevertreter, ihr mitteilen zu wollen, wieviel es denn in Zukunft sein soll, wörtlich: *„für künftige Verhandlungen pauschale Stundensätze zu nennen, die Sie für die unverzichtbare Zusammenarbeit mit der Gemeinde für angemessen halten“* (zitiert nach der „Tiroler Tageszeitung“ vom 31.10.1987). Diese Gelder, mit denen sich die E-Lobby die örtlichen Entscheidungsträger gefügig zu machen gedenkt, sind die direkte Antwort dieser Bande auf die demokratische Entscheidung der Kalserinnen und Kalser. Das sind die Argumente, die sie haben.

## Darüber, wie in Tirol gegen Tirol regiert wird

Die TIWAG, auf dem Papier den Interessen der Tiroler Bevölkerung verpflichtet, ist in Wahrheit gegen die grundlegendsten Bedürfnisse der Menschen in diesem Land gerichtet. Der Aufsichtsratspräsident der TIWAG, der immer gleichzeitig auch als Landeshauptmann im TIWAG-Land eingesetzt ist, vertritt mit aller Macht die Politik der auf Zeichen aus dem Ausland handelnden heimischen Strommänner. Den seit Generationen da lebenden Menschen soll ihr Land, Almen, Weiden, touristisches Gebiet, abgejagt werden. Die Kalser freilich haben dem Oberjäger im Innsbrucker Landhaus telegrafiert: *„Das Dorfertal kann, wenn überhaupt, nur mit dem Einverständnis der betroffenen Kalser Bevölkerung und nicht mit dem überheblichen Selbstverständnis der neuen Landhauspolitik im lnnsbrucker Landhaus verbaut werden!“* (zitiert nach „präsent“, 2. April 1987) *„Das Dorfertal ist nicht käuflich“*, hat auch der stellvertretende Ortsbauernobmann von Kals den vorgeschickten Landeshauptmann wissen lassen. Und eine Bäuerin aus Matrei sagte zur beabsichtigten Landnahme: *„Ös redet über unser Land wie über a Kuh, die zu verkafen isch“* („präsent“, 2. April 1987). Die Bauern im hinteren Villgratental sollten von der TIWAG, die dort ein Speicherkraftwerk bauen möchte, auf ganz plumpe Art überrumpelt werden. Ein deutscher Sommergast, der beim Agrargemeinschaftsobmann abgestiegen war, entpuppte sich *„als Verbindungsmann der TIWAG. Er holte am Ende der Sommerfrische die Unterschriften der Grundbesitzer für Probebohrungen ein …“* („Tiroler Tageszeitung“ vom 10. April 1987) Die Bauern von Innervillgraten zogen, nachdem sie die Irreführung bemerkt hatten, die Genehmigung für die Probebohrungen wieder zurück und gründeten ein Aktionskomitee.



Die zahlreichen Gespräche, die in Zusammenhang mit unserem Projekt bisher zu führen waren, gaben Anlaß, der Gemeinde in Anlehnung an die Bestimmungen des Tiroler Baugesetzes einen pauschalen Abgeltungsbetrag für in der Vergangenheit geführte Verhandlungen in Höhe von S 130.000,-- anzubieten.

Wir bitten in diesem Zusammenhang, uns für künftige Verhandlungen pauschale Stundensätze zu nennen, die Sie für die unverzichtbare Zusammenarbeit mit der Gemeinde für angemessen halten, um damit auch hinkünftig alle der Gemeinde entstehenden Ersatzpflichten pauschal abgelten zu können. Damit möchten wir auch unseren

*Bestechend deutlich: Schreiben der OKG an die Osttiroler Kraftwerksgemeinden (Wiedergabe aus ›Tirol-Kurier‹, 31. Oktober 1987)*

Im Paznaun hat sich eine Initiativgruppe gegen das TIWAG- Projekt im Unterpaznaun gebildet, die schon angekündigt hat, es würden *„die Politiker bei der kommenden Wahl aufwachen“* (Landecker „Gemeindeblatt“, 7. August 1987). Im Lechtal, wo die stark mit der TIWAG verhaberten Elektrizitätswerke Reutte (EWR), die vor allem das angrenzende Allgäu mit Strom aus Tirol beliefern, neue Ab-, Um-, Über- und Zuleitungen

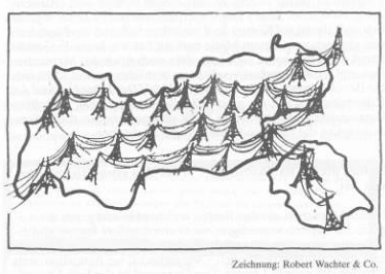
von Gebirgsbächen planen, ist ein Arbeitskreis entstanden, der sich dagegen wehrt, dass der Lebensraum Lechtal *„zugunsten auswärtiger wirtschaftlicher Interessen ausgebeutet werden“* soll. (Aussendung, November 1987) Der Tauernkraftwerke AG (TKW), die sich im Zillertal auf Kosten der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs schon in einem Maße bedient hat wie keine E-Gesellschaft irgendwo sonst, sich jetzt aber auch noch des Märzenbaches im Gemeindegebiet von Stumm bemächtigen will, stellt sich die Bevölkerung von Stumm in den Weg. *„Das letzte Hochtal des Zillertales wird um ein paar Silberlinge verscherbelt“,* fürchten Gemeindebürger, dass es den TKW gelingen könnte, durch Sonderentgelte die Gemeinderäte gefügig zu machen.

## Davon, wie ein Bauindustrieller in der Wut etwas Richtiges gesagt hat

Diesen Menschen, die ihre Rechte und ihre Heimat gegen die Angriffe des Kapitals verteidigen, wird — von dem ihre Rechte und ihre Heimat angreifenden und das Kapital verteidigenden Landeshauptmann höchstpersönlich — vorgemacht, sie handelten zum Schaden des ganzen Landes. Das Gegenteil ist der Fall. Überall, wo dem Ausverkauf unseres Landes Widerstand entgegengesetzt wird, geschieht dies zum Wohle aller anderen ausgeplünderten Regionen und der dort lebenden Menschen. Wessen Interessen hier vertreten werden, zeigten auch die Attacken des Wiener Bauindustriellen Alexander Maculan anlässlich der feierlichen Inbetriebnahme des Kraftwerks Zillergründl, wo er in seiner Festrede einzig im Interesse noch höherer Profite für sein Unternehmen gegen die sich um ihren Lebensraum wehrenden Zillertaler vom Leder zog. Auf die Volksabstimmung in Kals anspielend rief er, die Gewinne der Baubranche und ihrer Banken mit dem Wohl aller Tirolerinnen und Tiroler gleichsetzend, aus: *„Interessen eines Landes gehen vor Interessen einiger weniger!“* („Tiroler Tageszeitung“, 26. September 1987) Das ist auch unsere Meinung und die Meinung derer, die den Kampf gegen eine gigantische 380 Kilovolt-Überlandleitung quer durch unser Land aufgenommen haben.

## Von der Rolle, die Österreich jetzt spielen soll

War früher Österreich für die europäischen Industriestaaten als Wirtschaftspartner von Bedeutung, so ist es aufgrund der jahrzehntelang betriebenen Politik der Unterwerfung zum europäischen Transitland für Industrie- und Konsumgüter heruntergewirtschaftet worden.




Zeichnung: Robert Wachter & Co.

Dieses Österreich wird zunehmend auch ein Transitland für Strom, indem es durchs gesamte Bundesgebiet hindurch von seiner Ostgrenze bis zu seiner Westgrenze Strom aus Osteuropa nach Westeuropa und von seiner Westgrenze bis zu seiner Ostgrenze Strom aus Westeuropa nach Osteuropa transportiert. Der Bau der größten Gleichstromkurzkupplung Europas in Dürnrohr, an dem sich Polen und die Schweiz beteiligt haben, dient diesem Zweck. *„Sie eröffnet Österreich die Chance, zur mitteleuropäischen Stromdrehscheibe zwischen West und Ost zu werden.“* (Verbundgeneraldirektor W. Fremuth in „Die Presse“ vom 4. September 1985) In Wahrheit hat Österreich im europäischen Verbund *zu funktionieren,* wo ihm nach Jahren als Lieferland von Billigstrom jetzt die Rolle des Transitlandes zwischen den Energiegiganten im Westen und im Osten des Kontinents zugewiesen ist. Um dieser Rolle gerecht werden zu können, baut die Verbundgesellschaft ein zweisystemiges 380-Kilovolt-Transportsystem von der tschechischen Grenze bis zur schweizerischen und italienischen bei Nauders. Die Bundesrepublik hat diesen finanziellen Einsatz, diese Konkurrenz zur eigenen Energieproduktion, diese ungeheure Belastung für Mensch und Natur abgelehnt. Diese Hochspannungsleitung auf bis zu 90 Meter hohen Masten soll Tirol auf der Gerlosplatte erreichen, das Zillertal bei Uderns durchqueren, über Weerberg ins Inntal gelangen und dort bis zum Umspannwerk Westtirol in Haiming führen.

## Von der untertänigsten Hingabe an diese Rolle

Die Fortsetzung bis zum Reschen wurde bereits vor Jahren, einem Vertrag mit der staatlichen italienischen und mit der größten schweizerischen Elektrizitätsgesellschaft entsprechend, errichtet. Diese 60 km lange 380 kV-Leitung Haiming-Reschen, die von der Verbundgesellschaft mit einem Aufwand von über 500 Millionen Schilling ins schönste Oberland geklotzt wurde, wartet heute noch auf ihr italienisches und ihr schweizerisches Anschlussstück (14 km) jenseits der Grenze. Wie in vielerlei Hinsicht auf dem Gebiete des Transitverkehrs hat Österreich auch hier in vorauseilendem Gehorsam eine Vorleistung gegenüber dem Ausland erbracht und flugs dessen Interessen gegen die einheimische Bevölkerung durchgesetzt. Österreich wird auch, auf Wunsch des Ostblocks weitere Gleichstromkupplungen errichten und wird früher oder später auch dem Begehren der UdSSR nach einer 500 Kilovolt-Leitung nachkommen. (Aus der zunehmenden Verbandelung der österreichischen E-Wirtschaft mit der russischen erklärt sich auch die klägliche Reaktion Österreichs auf die Atomkraftwerkskatastrophe von Tschernobyl. Ja, die österreichische Regierung hat der UdSSR nach dem Gau in der Ukraine sogar die Hofburg zu Wien als Bühne für ihr Verharmlosungsspektakel zur Verfügung gestellt! — Die immer stärkere Auslieferung Österreichs auch an die Interessen der Ostblockländer ist nicht zuletzt eine Folge der Politik der Großbanken unseres Landes. Sie hussen, um mit dem in Österreich

abgeschöpften Geld in Budapest, Warschau und Moskau ihre Profite machen zu können, immer mehr Betriebe, vor allem staatliche, in ertragslose Kompensationsgeschäfte mit den staatskapitalistischen Ländern.)

Die Leitungsverluste betragen heute etwa acht Prozent der transportierten Energie. Je länger solche Leitungen sind, je entfernter Produzent und Verbraucher einander sind, desto mehr Energie geht auf dem Weg verloren. Die TIWAG weist für ihr Netz 1986 einen Energie-Verlust von 195,5 kWh aus, was ungefähr soviel ist, wie das Achenseekraftwerk im Jahr zu erzeugen vermag. Diese riesigen Ausfälle mögen angesichts des gewaltigen Stromüberschusses in Europa in Kauf genommen werden, ermöglichen doch die transeuropäischen Hochspannungsleitungen den Elektrizitätsgiganten, an jedem Ort in Europa und zu jeder Zeit mit ihrer Ware lieferbereit zu sein. Von diesen Mengenverlusten und von den extremen Kosten her gesehen sind Leitungen wie die durch Tirol geplante, in unseren Köpfen gedacht, reiner Wahnsinn. *„Heute verschlingt der Bau des Höchstspannungsnetzes, mit dem die Leistung eines neuen Kraftwerks abgeführt wird, etwa ebensoviel, wie investiert werden muss, um ein Großkraftwerk zu errichten.“* (Nikolaus Eckardt, „Die Stromdiktatur“, Hamburg, 1985)

Die Gewinne, die die österreichische Verbundgesellschaft aus der Durchleitung von Strom aus dem Ausland ins Ausland zieht, sind gemessen an den dadurch bei uns angerichteten Schäden nicht der Rede wert. Wälder müssen geschlagen werden, landwirtschaftliche Flächen werden vernichtet, Bau- und Siedlungsräume beschnitten. Immer mehr Wissenschafter sprechen inzwischen davon, dass Stromleitungen auch am Waldsterben eine Mitschuld tragen. Hochspannungsleitungen sind Ozonfabriken und Ozon schädigt Nadeln und Blätter. („Kurier“, 12. November 1986) Die elektromagnetischen Wellen in der Umgebung der großen Stromstraßen haben daneben auch ungünstigen Einfluss auf die Gesundheit der Menschen. („Observer“, 16/1987) Die Tiroler, die sich zur Verhinderung der 380 kV-Leitung entschlossen haben, haben jede Menge bester Gründe für ihren Kampf. Ihre Gegner nur einen.

## Die Leute wollen nicht mehr tanzen, wie ihnen gepfiffen wird

Die Leitungsmasten, die sie quer durchs ganze Bundesland aufstellen wollen, sollen vier 380 kV-Leitungssysteme und zwei 220 kV-Systeme mit jeweils drei Leitungsdrähten, insgesamt 19 Kabel, aufnehmen. Der Tiroler Abschnitt dieser Transitschiene soll auch die Exportkraftwerke im Zillertal und Sellrain-Silz miteinander verbinden und auf unsere Kosten die Versorgungssicherheit der Bayernwerke AG und der Energieversorgung Schwaben erhöhen.

Um diesen Interessen vollends entsprechen zu können, soll im vorderen Zillertal auch noch auf 80.000 Quadratmeter („profil“, 19. Oktober 1987) Kulturgrund das größte Umspannwerk Westösterreichs hingeknallt werden. Die Zillertaler werden diesen Diebstahl an ihrem knappen Lebensraum zu vereiteln wissen.

Den Größen von der E-Wirtschaft und ihren politischen Vertretern, Bundespräsident, Bundeskanzler und Landeshauptmann, wurde anlässlich der Inbetriebnahme des Kraftwerks Zillergründl von den Einheimischen unmissverständlich klar gemacht, dass sie ihr Spiel durchschauen. Die Texte auf den über die Straßen gespannten Transparenten zeugten von Witz, politischem Bewusstsein und Kampfesmut: *„Lieber Gott! Schütz unser Land vor dem gesamten E-Verband!“*, *„Verbundgesellschaft — TKW; halten uns total am Schmäh!“*, *„Zillertaler an die Wand, der E-Wirtschaft gehört das Land!“* und *„Gott vergib ihnen nicht, denn sie wissen, was sie tun!“*

## Wie es sich da mit der Sicherheit verhält

Die elektrische Energie, die jetzt zusätzlich noch aus den rinnenden Gewässern herausgeschlagen werden soll, würde, im Gegensatz zur Propaganda, dass sie uns vom Ausland unabhängiger machen würde, uns noch mehr in dessen Abhängigkeit hineintreiben. Die über den heute schon erzeugten Stromüberschuss hinaus erzeugten Megawattstunden müssten erst wieder auf dem internationalen Strommarkt losgeschlagen werden und würden uns noch exportabhängiger, und das heißt auslandsabhängiger machen. Unsere Versorgungssicherheit würde dabei, ganz im Gegenteil zu dem, was uns unablässig vorgesagt wird, nicht gerade steigen.

Wie weit es mit der Versorgungssicherheit in Tirol dank der enormen Auslandsverflechtung der TIWAG her ist, hat der 13. Oktober 1986 gezeigt. Infolge eines Anschlages auf einen Leitungsmasten bei Tutzing am Stamberger See *„gingen in den Bezirken Kufstein, Kitzbühel, Schwaz und in der Landeshauptstadt die Lichter aus. (…) Aufgrund des gerade herrschenden Stromflusses auf der Leitung in Richtung Tirol war nicht Oberbayern sondern Tirol von den Ausfällen betroffen.“* („Tiroler Tageszeitung“, 15. Oktober 1986). Obwohl bei uns kein Masten angeknackst, kein Meter Stromkabel beschädigt war, blieben Teile des betroffenen Gebietes bis zu einer Stunde ohne Strom. Das Kraftwerk Sellrain-Silz, dessen Produktion zur Gänze nach Deutschland geht, durfte *für uns* nicht angeworfen werden.

Wie auf dem Gebiet des Transitverkehrs vollziehen die österreichischen Politiker auch in Fragen der elektrischen Energie gehorsamst, was die mächtige EG von ihnen verlangt. Partl, der die Belastung der Tiroler durch den Transitverkehr nicht abbauen will, weil die dazu erforderlichen Maßnahmen die in Brüssel diktierenden Konzerne vergrämen könnten, Partl erklärt unser Wohlverhalten auch im europäischen Energieverbund mit der Annäherung an die EG, zu der uns, das sagt er nicht, die großen österreichischen Unternehmen und vor allem die großen ausländischen Unternehmen in Österreich drängen. *„Österreich steht vor der großen Herausforderung der Europäischen Gemeinschaft. Die Energiepolitik ist ein wichtiger Schlüssel zur Bewältigung dieser Herausforderung.“* (in: „Die Presse“, 21. Oktober 1987)

Zu der Abhängigkeit von Export-

möglichkeiten für unseren Strom und der Abhängigkeit vom ausländischen Investitionskapital tritt die drohende Abhängigkeit Österreichs von der BRD im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung. Die großen deutschen Energiekonzerne wollen nicht bloß billigen Spitzenstrom aus Österreich importieren und haben sich daher vorsorglich durch finanzielle Beteiligung an den Kraftwerken ein Mitspracherecht gesichert. Im Krisenfall laufen „unsere" Kraftwerke auf Hochtouren für die BRD und den Tauschstrom, der hereinfließen soll, kann man sich aufmalen. Da braucht es nicht zu verwundern, dass 1979 in einem internen Papier der ARGE Alp, die bekanntlich von Bayern beherrscht wird, den Kraftwerken in den Alpen (also jenen in Tirol und Vorarlberg) hervorragende Bedeutung für den Krisenfall zugesprochen wird.

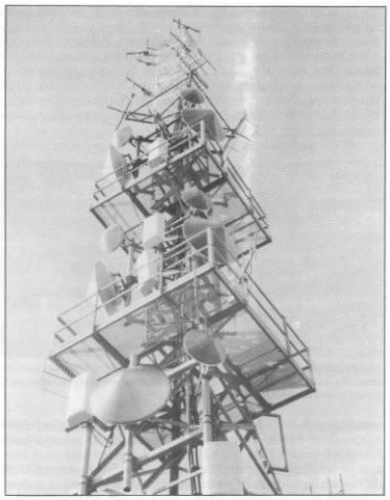
## Wie wir auch ganz ohne NATO-Mitgliedschaft in den nächsten Krieg hineingezogen werden

Die Abmachungen der heimischen Stromgesellschaften mit den deutschen Energiegiganten sind streng geheim, aber man muss leider annehmen, dass im Falle eines Konflikts, an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt ist, die Einbeziehung der westösterreichischen Stromproduzenten in deren Kriegsmaschinerie eine Tatsache ist. Da die Öl-Zufuhr in dieser Situation mit Sicherheit abgeschnitten sein wird, ist das strategische Gut Strom von umso größerer Bedeutung. An den Netzen der RWE und der Bayernwerk AG hängen die führenden Betriebe der deutschen Rüstungsindustrie (MBB, Dornier, Krauss-Maffei, MTU u.a. allem am Netz der BAG!), was das liefernde Österreich automatisch zum Angriffsziel der anderen Kriegspartei macht. Man braucht nicht gleich wie der „Kurier" an die Sprengung unserer Speicher denken, eine Befürchtung, die der Herr Betriebsdirektor der TIWAG mit einem Satz abtut: *„Den Kaunertal-Staudamm zu sprengen ist unmöglich."* („Kurier", 7. März 1987) Die Zerstörung eines Knotenpunktes, wie das Umspannwerk Westtirol einer ist, wäre allemal ein lohnender Schlag gegen die deutsche Industrie. Als der Chefingenieur der RWE im Jahre 1945 von den Amerikanern verhört wurde, bekannte er: *„Der Krieg wäre schon zwei Jahre früher zu Ende gewesen, wenn die Alliierten sich auf die Bombardierung unserer Elektrizitätswerke früher konzentriert hätten. Ohne unsere öffentliche Stromversorgung hätten wir unsere Fabriken nicht mehr betreiben und auch kein Kriegsmaterial mehr herstellen können."* Das Krafthaus in Silz ist nicht ohne Grund besser getarnt als jede Kaserne dieses Landes.

Wie sehr die Energieerzeugung von strategischen Überlegungen bestimmt ist, zeigt ein kurzer Blick auf ihre rechtlichen Grundlagen. In Tirol war bis 1982 das von seinem Schöpfer Hjalmar Schacht *„Gesetz zur Wehrhaftmachung der deutschen Energieversorgung"* genannte „Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft" in Kraft, das Adolf Hitler 1935 unterschrieben hatte. In zwei österreichischen Bundesländern und der Bundesrepublik Deutschland gilt es heute noch! Und jenes Gesetz, mit dessen Hilfe Kraftwerksprojekte noch heute zum bevorzugten Wasserbau erklärt werden können, ist ein kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz aus der Monarchie (1914 und 1938 modelliert) und hätte wie so manches, auf das sich die Führer der E-Wirtschaft stützen, in einer Demokratie nichts zu suchen.

*Hall/Tirol ohne Strom war am 13. Oktober 1986, nachdem in der Gegend von Tutzing in Bayern ein Starkstrommasten umgesägt worden war. (Foto: ›Süddeutsche Zeitung‹, 15. April 1987)*

Leitungen, die Strom über weite Entfernungen transportieren, sind von netzunabhängigen Richtfunksystemen begleitet. Das ist auf der ganzen Welt so. Den Strängen aber, die die elektrische Energie von Tirol nach Deutschland abschleppen, ist auf manchen Strecken ein Fernmeldenetz beigegeben, das nicht nur der Regelung des Stromflusses dient. Auf der Haiminger Alm zum Beispiel, östlich des Tschirgant, steht ein dafür viel zu großer und viel zu gut bestückter Sendemasten. Es besteht der dringende und mehrfach geäußerte Verdacht, dass die TIWAG hier Anlagen in Betrieb hält, die die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten der NATO in unserem Land und über unser Land hinweg unterstützen. Von diesem Punkt aus ist Westtirol elektronisch zu kontrollieren, können empfangene Radarimpulse verstärkt und an die militärischen Anlagen der NATO z.B. auf der Zugspitze weitergegeben werden. Im bayrischen Grenzland sind unter anderem die US-Fernmeldetruppe 6915. Electronic Switching System, die US-Aufklärungstruppe National Security Agency Signal Intelligence, die US-Fernmeldetruppe Satellite Communication Terrilinal und die 66. Army Intelligence Group der USA stationiert.



*Ernst G. hat auf einer seiner vielen Wanderungen im Imster Raum einmal beobachtet, wie sich ein NATO-Techniker an der „TIWAG-Funkanlage" auf der Haiminger Alm (Bild) zu schaffen machte. „Es handelte sich nicht um einen uniformierten Soldaten, sondern um eine Person in Zivilkleidung, die mit einem Auto unterwegs war, welches ein amerikanisches Kennzeichen trug." Als Herr G. den Verdächtigen fragt, was er da mache, wird er von diesem im Befehlston zum Weitergehen angehalten. „Ich habe dabei selbstverständlich nicht photographiert, weil ich jede Art von Konfrontation vermeiden wollte."*
*Ist die NATO direkt oder über eine Zwischenstelle (z. B. die Fa. Siemens) an diesem Horchposten beteiligt?*

Dieser rotweißrot angestrichene, also *österreichisch* getarnte Sendemasten ist ein Symbol dafür, wie weit der Anschluss unserer Heimat an das Ausland schon wieder vollzogen ist. Die Leidtragenden dieser Politik werden auch in einem drohenden Kriege wir sein, die wir es auch schon in diesem Frieden sind.

*Man muss immer wieder ein Beispiel zur Hand nehmen: Österreich ist beispielsweise eine Stromkolonie, so wie Österreich beispielsweise eine*

*Transitkolonie ist. Der Krieg der E-Wirtschaft gegen die seit Generationen hier lebenden Menschen hat, wenn man zu den wirklichen Gründen vordringt, dieselben Ursachen wie die Zerstörung unseres — unseres! — Landes durch den Transitverkehr; dieselben Ursachen wie die Austilgung der österreichischen Grundstoffindustrie, dieselben wie die Aushungerung unserer Bergbauern. Wer den Kampf gegen den Transitverkehr entsprechend dessen Ursachen kämpft, und nicht nur gegen das Sterben der Bäume, wird auch jene treffen, die die Gewaltpolitik der E- Wirtschaft durchsetzen, wie der, der den Kampf gegen die Ursachen dieser Strompolitik kämpft, und nicht bloß den gegen die Verschandelung einer Landschaft durch Leitungsmasten, auch die treffen wird, die hier ausländische Verkehrspolitik exekutieren.*

Unser Gegner sitzt nicht irgendwo im sicheren Ausland. Sondern hier; im Landhaus, höchst unsicher.

Die Osttiroler werden in ihrem Widerstand gegen den Einfall der TIWAG und der Verbundgesellschaft von keinem Landeshauptmann und von keiner Landesregierung vertreten. Die Zillertaler werden in ihrem Kampf gegen die Ausplünderung ihres Tales durch Verbundgesellschaft und TKW von keinem Landeshauptmann und von keiner Landesregierung vertreten. Die Ebbser werden gegen den Zugriff der E-Wirtschaft auf ihren Lebensraum von keinem Landeshauptmann und von keiner Landesregierung vertreten und auch die Obergrichtler nicht. Die Paznauner, die sich gegen die Anschläge der TIWAG wehren, haben genausowenig einen Landeshauptmann oder eine Landesregierung hinter sich wie die Villgrater. Die Politik, die gemacht wird, ist indes nicht die eines Landeshauptmannes oder von ein paar Herren der Landesregierung oder der Bundesregierung, sondern die von Landesräten und Ministern vollzogene Politik einer kleinen inländischen und kleinen ausländischen Oberschicht gegen die breite Masse der Tirolerinnen und Tiroler, gegen die breite Masse der Österreicherinnen und Österreicher. Politik nämlich ist immer, unabhängig davon, ob sie fortschrittlich oder reaktionär ist, der Kampf einer gesellschaftlichen Klasse gegen eine andere.

Die Kreise der hinter der Plünderung unseres Landes Stehenden, der wirklich Mächtigen, können wir jedoch am wirksamsten stören, wenn wir hier diejenigen angreifen, die ihnen in die Hände spielen. Wir müssen „unsere“ Regierung entlarven, „unsere“ Minister bloßstellen, „unsere“ Profiteure ans Licht bringen und den Opportunisten unseres Landes die Maske vom Gesicht reißen.

Wir sind in der Überzahl! Wir sind die Mehrern! Die Tatsachen geben uns recht. Was sollte uns fehlen. Wir wollen keiner Partei mehr anhängen! Unsere Macht nicht mehr hergeben! Niemandem!

Der Preis, dies zu ändern sinkt, sobald die Nachfrage steigt. Und die Nachfrage steigt Tag für Tag.

**Markus Wilhelm:** Geboren 1956, von Beruf Zuspitzer in Sölden im Ötztal, Mitbegründer des FŒHN (1978-1981), Wiedergründer und Herausgeber des FŒHN (1984-1998). Seit 2004 Betreiber der Website *dietiwag.org* (bis 2005 unter *dietiwag.at),* Landwirt.

Lizenz dieses Beitrags
Copyright
© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels